

Alte Karten neu gemischt

Stabilität kann in Somalia nur durch eine repräsentative Regierung erreicht werden

Annette Weber

Die militärische Eskalation der letzten Wochen in Somalia hat Auswirkungen über den zerfallenen Staat am Horn von Afrika hinaus. Mit Hilfe einer äthiopischen Militärintervention hat sich die Übergangsregierung in Mogadischu erst einmal etablieren können. Ihr Gegner, die sogenannte Union der Islamischen Gerichte, wurde in den Süden des Landes vertrieben. Anfang Januar 2007 griff die US Air Force mutmaßliche Al-Qaida-Mitglieder in Südsomalia an. Sollten sich die Konflikte zu einem Bürgerkrieg ausweiten oder die alten Warlords zurückkehren, wird Somalia vermutlich in jenen desaströsen Zustand zurückfallen, in dem sich das Land schon in den neunziger Jahren befand. Um dies zu verhindern, muss ein umfassender Dialog in Gang gesetzt werden, der die moderaten Elemente der Union der Islamischen Gerichte mit einbindet.

Seit dem Sturz des Diktators Siad Barre 1991 ist Somalia ohne Regierung. Clan-basierte Warlords füllten das Machtvakuum des zerfallenen Staates. Die internationale Friedensmission (UNOSOM II) wurde 1995 nach drei Jahren ohne Erfolg aufgegeben. Im Juni 2006 übernahm die Union der Islamischen Gerichte (Union of Islamic Courts, UIC) die Macht und besetzte bis Mitte Dezember 2006 alle wichtigen Gebiete Somalias. Zumindest in Mogadischu verbesserte sich damit die Sicherheitslage. Straßensperren wurden abgeschafft, der Hafen geöffnet. Das Chaos schien einer neuen Ordnung gewichen zu sein.

Nach der Niederlage der UIC gegen die äthiopische Armee Ende Dezember 2006 und mehr noch seit den Luftangriffen der US Armee polarisieren sich die Positionen

innerhalb der UIC. Die moderateren Kräfte wollen mit der Übergangsregierung verhandeln, während sich die gewaltbereiten in undurchdringliche Gebiete in Somalia oder auf das Territorium befreundeter Länder wie Jemen oder Eritrea zurückziehen. Es ist indes davon auszugehen, dass sich weiterhin etwa 3000 UIC-Kämpfer allein im Raum Mogadischu aufhalten. Die 5000 Kämpfer der gewalttätigsten Miliz der UIC, der Shabab, haben sich im Juba-Tal, an der Grenze zu Kenia, konzentriert. Einzelne Mitglieder dieses Verbands haben schon angekündigt, dass sie einen Guerillakampf gegen die äthiopische Armee, die mit 18000 Soldaten in Somalia präsent ist, und die Übergangsregierung führen wollen.

Übergangsregierung

Im Herbst 2004 bildete das somalische Exilparlament in Nairobi eine Übergangsregierung. Weder die Zusammensetzung des Parlaments noch die Benennung der Regierung genügte allerdings demokratischen Maßstäben. Die Parlamentssitze und Regierungsämter wurden im Wesentlichen nach einem Clan-Proporz aufgeteilt, wichtige Positionen unter Patronagegesichtspunkten vergeben. Der in Mogadischu am stärksten vertretene Clan der Hawiye ist in der Übergangsregierung nur schwach repräsentiert, zum einen, weil viele Hawiye in der UIC sind, zum anderen, weil sich bei der Spaltung des Parlaments Anfang 2006 viele Angehörige dieses Clans auf die Seite der Gegner der Übergangsregierung gestellt haben. Auch in der Ernennung Abdullahi Yusufs, des Präsidenten der autonomen Republik Puntland im Norden Somalias, zum Präsidenten der Übergangsregierung ist schwerlich ein Schritt zu einer integrativen Politik in Somalia zu sehen. Yusuf gilt als pro-äthiopisch und ist für einen radikal antidemokratischen Führungsstil bekannt.

Die Übergangsregierung hat bislang kein politisches Programm vorgelegt. Ihre Forderungen nach einer Aufhebung des Waffenembargos und der Unterstützung Amerikas im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sind kaum geeignet, Sympathien in der Bevölkerung zu gewinnen. Die Regierung ist finanziell und militärisch nahezu vollständig von internationaler Hilfe abhängig. Zwischen den Clanführern, die in ihr vertreten sind, gibt es erhebliche Konflikte.

Union der Islamischen Gerichte

Der Zusammenschluss der verschiedenen Sharia-Gerichte des Landes zu einer gemeinsamen Plattform, der Union der Islamischen Gerichte (UIC), im Jahr 2000 war Ausdruck eines Politisierungsprozesses. Die UIC erhob fortan den Anspruch, die Regierung zu bilden. Einige ihrer Anführer wie Sheik Hassan Dahir Aweys verbanden diese Forderung mit einer nationalistischen Rhetorik und propagierten ein Groß-

somalia, das die äthiopische Provinz Ogaden miteinschließt.

Vor allem Geschäftsleute, die einflussreichste gesellschaftliche Kraft in Somalia, versprachen sich von der UIC ein gewisses Maß an Ordnung, ein Ende der Straßensperren und die Öffnung des Hafens von Mogadischu. Nach der Übernahme der Hauptstadt durch die UIC war die Bevölkerung zunächst erleichtert, vom Terror der Warlords befreit zu sein. Die Radikalisierung der islamischen Ordnung, die von der UIC durchgesetzt wurde, stieß unter den Somalis, die überwiegend dem Sufi-Islam anhängen, allerdings bald auf Ablehnung.

Akteure und Verbündete

An der Verteilung der Akteure und ihrer Unterstützer in Somalia lassen sich die regionalen Brüche und Loyalitäten deutlich erkennen, die das Land gegenwärtig prägen. Äthiopien intervenierte vor allem aus einem Grund auf Seiten der Übergangsregierung: Diese hatte sich durch den Vormarsch der UIC nur noch mit großer Mühe in Baidoa, ihrem provisorischen Sitz, halten können. Die Aufgabe Baidoas aber hätte den Rückzug der Übergangsregierung ins Exil bedeutet und der Union der Islamischen Gerichte die endgültige Kontrolle über Somalia verschafft. Die Unterstützung der UIC für äthiopische Rebellen und die Drohung, einen Jihad gegen das Nachbarland zu entfesseln, um den Ogaden an Somalia anzuschließen, berührten direkt äthiopische Interessen.

Die Unterstellung der USA, die UIC kooperiere mit Al-Qaida, ist allerdings fragwürdig, auch wenn einzelne Sprecher der UIC durchaus Verbindungen zu radikalen islamistischen Gruppierungen haben. Immerhin wurden einige Milizen der UIC laut einem Bericht der Vereinten Nationen von der Hisbollah im Libanon ausgebildet, andere in Eritrea und Libyen.

Der schon erwähnte Sheik Hassan Dahir Aweys, Anführer eines radikalen UIC-Flügels, war Gründer der Al Ittihad Al Islamia (AIAI), einer islamistischen Gruppierung in

Somalia, die seit langem in regionalen Netzwerken mit anderen gewaltbereiten Organisationen zusammenarbeitet. Mitglieder der von Sheik Aweys geführten UIC-Gruppe stehen unter Verdacht, 1998 an den Angriffen auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi, Kenia, und Dar es Salaam, Tansania, beteiligt gewesen zu sein. Außerdem werden ihnen die Anschläge auf ein Hotel in Mombasa und der missglückte Abschuss eines israelischen Flugzeugs in Kenia vorgeworfen. Andere Anhänger Aweys' sind verantwortlich für den Mord an Journalisten, Friedensaktivisten und humanitären Hilfskräften.

Die Luftangriffe der US-Armee, die von äthiopischen Hubschraubern unterstützt wurden, galten vorwiegend dem mutmaßlichen Anführer der Ostafrikanischen Al-Qaida, Fazul Abdullah Mohammed, und seinen beiden Helfern Abu Taha al Sudani und Ali Saleh Nabhan. In den Communiqués der USA werden diese Personen eng mit Sheik Aweys und seinem Verbündeten Aden Hashi Farah Ayro (beide Mitglieder des Ayr Clans), dem Anführer des radikalen militärischen Flügels der UIC-Jugendorganisation Shabab in Verbindung gebracht, die ebenfalls auf der Terroristenliste der USA stehen. Die Gewaltbereitschaft, die diese Kräfte sicherlich auszeichnet, kann allerdings nicht allen Mitgliedern der UIC unterstellt werden.

Während sich Uganda mit der Übergangsregierung unter Präsident Yusef verbündet und Kenia zu verhindern sucht, dass sich somalische Islamisten auf sein Territorium zurückziehen, stellen sich die nördlichen Nachbarn Somalias gegen die Intervention Äthiopiens. Eritrea ist vor allem an einer Destabilisierung Äthiopiens gelegen. Zu diesem Zweck unterstützt das Land äthiopische Rebellen und die Kämpfer der UIC, indem es sie ausbildet, mit Waffen beliefert und ihnen Militärpersonal und Logistik zur Verfügung stellt. Und auch Sudan, dessen Regierung schon seit langem Verbindungen zum radikalen Flügel der UIC unterhält und der momentan daran arbeitet, sich selbst – mit Hilfe von Eritrea –

als Hegemon am Horn gegen Äthiopien in Stellung zu bringen, hat kein Interesse an einem somalischen Satellitenstaat unter äthiopischer Kontrolle. Der Iran schließlich ist an einer Islamisierung Somalias als Gegengewicht zu Saudi Arabien interessiert.

Weitere Entwicklung

Seit 1991 hat sich die internationale Gemeinschaft auf verschiedene Weise bemüht, die Situation in Somalia von außen zu stabilisieren. Trotz der Finanzierung und Unterstützung der Übergangsregierung, mehrerer Friedensinitiativen, einer UN-Blauhelmission und der Aktivitäten im Rahmen der Anti-Terror-Operation »Enduring Freedom« wurde dieses Ziel jedoch nicht erreicht. Nach der schwierigen VN-Mission UNOSOM II, die von 1993 bis 1995 – auch mit deutscher Beteiligung – in Somalia stationiert war, gab es keine weiteren Versuche, mit Friedensmissionen den Dauerkonflikt zwischen den Warlords einzudämmen. Mehrere Initiativen einer Regierungsbildung scheiterten. Der VN-Sicherheitsrat hat nun die Afrikanische Union (AU) mandatiert, eine Friedenstruppe zusammenzustellen. Angesichts der geringen Kapazitäten, die ihr zur Verfügung stehen, ist allerdings nicht zu erwarten, dass die AU dieses Mandat ausfüllen kann.

In jedem Fall ist es wahrscheinlich, dass die äthiopische Armee bis zur Stationierung einer AU-Friedensmission in Somalia bleibt. Allerdings hat sich schon beim Einmarsch der Äthiopier gezeigt, wie sehr die Bevölkerung die fremden Truppen ablehnt. Soldaten und Einrichtungen der äthiopischen Armee werden in Mogadischu täglich angegriffen. Es besteht die Gefahr, dass die mit den Äthiopiern verbündete Übergangsregierung vor allem als Marionette der Besatzer wahrgenommen wird.

Die US-amerikanischen Luftangriffe haben zu einer weiteren Polarisierung geführt. Der äthiopische Präsident Meles Zenawi äußerte Bedenken hinsichtlich der Sicherheit seiner Truppen, sollten die Luft-

angriffe der Amerikaner fortgesetzt werden. Der Aufruf des hohen Al-Qaida-Führers Al Zawahiri, Somalia nun zum Schauplatz eines Jihads zu machen und gegen die »Besatzungsmacht« und ihre Stellvertreter mit Selbstmordattentaten und Guerillaangriffen vorzugehen, ist ein Indiz dafür, dass der Konflikt in Somalia in den kommenden Wochen und Monaten eskalieren könnte.

Andererseits würde ein Rückzug Äthiopiens zwangsläufig die Niederlage der Übergangsregierung nach sich ziehen und ein Machtvakuum öffnen, das binnen kürzester Zeit durch alte Warlord-Strukturen gefüllt werden würde.

Ein – wenngleich weniger wahrscheinliches – Szenario ist ein vertieftes Engagement der US-Armee in Somalia unter dem Banner des Anti-Terror-Kampfs. Es ist jedoch kaum zu erwarten, dass ein solches Engagement für die USA anders enden würde als beim VN-Blauhelmeinsatz im Oktober 1993 in Mogadischu. Und genauso unwahrscheinlich ist es, dass eine solche Ausweitung des militärischen Anti-Terror-Kampfs Somalia stabilisieren könnte.

Die Milizen der UIC sind geschwächt, aber nicht zerschlagen. Auch nach der Intervention der Äthiopier und dem Luftangriff der US-Armee können sie den verschiedensten Interessen in der Region als Werkzeug dienen.

Die internationale Gemeinschaft

Nur wenige Wochen vor der äthiopischen Intervention waren sich die AU und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einig, dass kein Nachbarland Somalias an einer Friedensmission im Land beteiligt werden dürfe. Diese politisch sinnvolle Vereinbarung kann nicht durch die militärische Invasion eines Nachbarlands ausgehebelt werden. Die Konflikte in Somalia lassen sich nicht militärisch lösen. Eine repräsentative Regierung unter Einbindung der UIC ist die einzige Möglichkeit, das Land nachhaltig zu stabilisieren. Bei der aktuellen militärischen Lage ist die Entsendung einer kleinen AU-Mission aller-

dings problematisch. Die Mission müsste sich mit UIC-Milizen, verschiedenen Warlords, der äthiopischen Armee und den USA koordinieren, um nicht selbst als Kriegsakteur zu gelten.

Zwischen der Übergangsregierung und den gemäßigten Kräften der UIC sollten schnellstmöglich Vermittlungsgespräche beginnen. Die Somalia-Kontaktgruppe, die sich aus den USA, Großbritannien, der EU, Norwegen, Schweden und Italien zusammensetzt, sollte dies nachdrücklich unterstützen. Parallel hierzu muss der anhaltende Waffenzufluss nach Somalia unterbunden werden. Laut einem Bericht der Monitoring-Gruppe der VN zur Einhaltung der Waffenlieferungsanktionen gegen Somalia haben mehrere Staaten gegen das Embargo verstoßen, darunter die USA, Äthiopien und Uganda zugunsten der Übergangsregierung und Eritrea, Ägypten, Iran, Libyen, Saudi-Arabien, Sudan und Syrien zugunsten der UIC. Der Jemen belieferte beide Parteien.

Diplomatische Bemühungen um eine innersomalische Lösung und die Umsetzung des Waffenembargos haben Vorrang vor der Debatte über eine Entsendung von Friedenstruppen. Denn wenn diese keine breite Akzeptanz bei den bewaffneten Gruppen und der Bevölkerung Somalias finden, droht eine Wiederholung des Desasters von 1993 (Tod von 18 US-Marines in Mogadischu) oder ein Rückzug ohne Erfüllung des Auftrags wie 1995. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Friedenstruppen von der AU, der VN oder gar der EU oder der NATO gestellt werden.

Für die Initiierung von Gesprächen zwischen der Übergangsregierung und gemäßigten UIC-Mitgliedern bedarf es einer Sondervermittlungsgruppe. Die EU sollte unter der deutschen Ratspräsidentschaft geeignete Länder aus dem afrikanischen und arabischen Umfeld zur Teilnahme bewegen und die Vermittlungstätigkeiten aktiv unterstützen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364